

Reihe Politikwissenschaften

Irina Höhn

**Beteiligung des Deutschen Bundes-
tages im Bereich der Gemeinsamen
Sicherheits- und Verteidigungspolitik
der EU**

Irina Höhn

**Beteiligung des Deutschen Bundestages im
Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik der EU**

utzverlag · München 2021

Reihe Politikwissenschaften
Band 90

Ebook (PDF)-Ausgabe:
ISBN 978-3-8316-7616-3 Version: 1 vom 04.03.2021
Copyright© utzverlag 2021

Alternative Ausgabe: Softcover
ISBN 978-3-8316-4883-2
Copyright© utzverlag 2020

Irina Höhn

**Beteiligung des Deutschen Bundestages im
Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik der EU**



Reihe Politikwissenschaften

herausgegeben von Prof. Dr. Florian T. Furtak
Professor für Europäisches Recht und Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt
Europäische Integration
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Band 90



Bibliografische Information der Deutschen
Nationalbibliothek: Die Deutsche
Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche,
auch auszugsweise Verwertungen bleiben
vorbehalten.

Copyright © utzverlag GmbH · 2021

ISBN 978-3-8316-4883-2 (gebundenes Buch)
ISBN 978-3-8316-7616-3 (E-Book)

Printed in EU
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

Vorwort des Herausgebers

Mit dem Vertrag von Lissabon haben die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten mehr Rechte erhalten. Lohnenswert ist in diesem Zusammenhang den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bzw. der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU in den Blick zu nehmen, wie es Frau Höhn in ihrer Studie macht. Denn sie untersucht, inwieweit die Mitwirkungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages in EU-Angelegenheiten auf die GASP/GSVP übertragbar sind, welche Rolle der Bundestag in Bezug auf die GSVP und die 2017 ins Leben gerufene Europäische Verteidigungsinitiative für die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit PESCO (Permanent Structured Cooperation) spielt und ob sich anhand der aktuellen Entwicklungen in diesem Politikbereich ein Funktionswandel des Bundestages herauskristallisiert.

Die Studie von Frau Höhn, die u.a. auf der Auswertung zahlreicher Dokumente sowie von Experteninterviews basiert, wird für all diejenigen mit Gewinn zu lesen sein, die sich für ein Politikfeld interessieren, das zwar einerseits zum Kernbereich nationalstaatlicher Souveränität gehört, andererseits aber aufgrund globaler Bedrohungen einer umfassenden europäischen Zusammenarbeit bedarf.

Karlsruhe/Berlin, im Januar 2021

Florian T. Furtak

Vorwort und Danksagung

Angesichts wachsender Herausforderungen steht die Europäische Union (EU) vor der Frage, welcher Grad an strategischer Autonomie zur Wahrung der Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten notwendig und möglich ist.

Mit Voranschreiten der europäischen Integration und insbesondere durch Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (2009) erfolgte eine Stärkung der Rechte der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten. Ziel dieser Kompetenzerweiterung lag darin, auf nationaler Ebene die Mitwirkung in den Bereichen sicherzustellen, in denen durch Abgabe von Hoheitsrechten an die EU ein Kompetenzverlust entstanden ist.

Diese Studie wirft die Frage auf, ob sich die weitreichenden Rechte des Deutschen Bundestages auch auf den Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) erstrecken und sie untersucht, welche konkreten Beteiligungsmöglichkeiten der Bundestag in Fragen der europäischen Verteidigung innehat.

An dieser Stelle möchte ich Dr. Sven Vollrath, Leiter der Unterabteilung Europa des Deutschen Bundestages, herzlich für seine umfassenden und richtungsweisenden Ratschläge bei der Erstellung dieser Studie danken. Mein Dank gilt darüber hinaus dem Herausgeber, Prof. Dr. Florian T. Furtak (HWR Berlin), für die Aufnahme der Studie in die Reihe Politikwissenschaften. Ich danke auch den Bundestagsabgeordneten, die mir für Fragen zu Beteiligungsmöglichkeiten in der Praxis zur Verfügung standen. Meiner Familie danke ich für die persönliche Unterstützung.

Die in dieser Publikation vertretenen Ansichten und Wertungen sind meine privaten Äußerungen und stellen in keiner Weise offizielle Positionen meines Dienstherrn (Auswärtiges Amt) dar.

Berlin, im Dezember 2020

Irina Höhn

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Demokratisierung der EU und Europäisierung nationaler Parlamente	3
2.1 Europäisierung.....	3
2.2 Mehrebenensystem und Mehrebenenparlamentarismus	7
2.3 Demokratiedefizit.....	8
2.3.1 Das institutionelle Demokratiedefizit	8
2.3.2 Das strukturelle/kategorische Demokratiedefizit.....	9
2.4 De-/Ent-/Re-Parlamentarisierung.....	14
2.4.1 De-/Entparlamentarisierung	14
2.4.2 Reparlamentarisierung I: Der Vertrag von Maastricht	17
2.4.3 Reparlamentarisierung II: Der Vertrag von Lissabon.....	18
2.4.4 Die Rolle des EP seit dem Vertrag von Lissabon.....	20
2.5 Zwischenfazit: Europäisierung und Funktionswandel.....	22
3 Die Beteiligung des Deutschen Bundestages in EU-Angelegenheiten	24
3.1 Der Deutsche Bundestag und die Europäisierung.....	24
3.2 Mitwirkung des Deutschen Bundestages in EU-Angelegenheiten nach Art. 23 GG und EUZBBG	25
3.2.1 Entstehung und Funktion des Art. 23 GG.....	26
3.2.2 Mitwirkung des Bundestags nach Art. 23 GG.....	27
3.2.3 Recht zur Stellungnahme	28
3.2.4 GG und Außenpolitik.....	29
3.2.5 Das Lissabon-Urteil des BVerfG	31
3.2.6 Mitwirkung nach EUZBBG	32
3.3 Mitwirkung des Deutschen Bundestages im Bereich GASP/GSVP nach Art. 23 GG und EUZBBG	35
3.3.1 Der Vorhaben-Begriff aus § 5 EUZBBG in Bezug auf die GASP/GSVP38	
3.3.2 Regelungen im EUZBBG zur GASP/GSVP (§ 7 EUZBBG).....	39
3.3.3 Indikativvorschau und Perspektivische Jahresvorschau zu Rechtsakten. 41	

3.3.4	Stellungnahmen des Bundestages (§ 8 EUZBBG)	41
3.4	Zwischenfazit und Ausblick	42
4	Der Politikbereich GASP/GSVP	44
4.1	Die Entwicklung der GASP/GSVP – Von den Anfängen bis Lissabon	44
4.2	Die GSVP als Teil der GASP	48
4.3	Beschlussfassung im Bereich GASP/GSVP	49
4.4	Aktuelle Herausforderungen für die GASP/GSVP	54
4.4.1	Interne Faktoren	54
4.4.2	Externe Faktoren	55
4.5	Die transatlantische Perspektive: GASP/GSVP und NATO	58
4.6	Strategien und Initiativen der EU im Bereich GASP/GSVP	60
4.6.1	Die EU als „Transformationsmacht“: Die erste Europäische Sicherheitsstrategie (2003)	60
4.6.2	Eine resiliente EU: Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (2016)	61
4.6.3	Die „Neue Strategische Agenda“ (2019) und der „Strategische Kompass“ (2020)	65
4.7	Zwischenfazit	66
5	PESCO – Eine Koalition der Willigen	67
5.1	Die Gründung von PESCO	68
5.2	Rechtliche Grundlagen von PESCO	69
5.3	Ziele von PESCO	70
5.4	Aufbau von PESCO	71
5.5	Die Beteiligung von Drittstaaten an PESCO	72
5.6	Kritik an PESCO	72
5.6.1	Grundsätzliche Kritik	72
5.6.2	Kritik an Beschlussfassung und Organisation von PESCO	74
5.7	Perspektiven und Möglichkeiten der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	75

6 Einblicke in die Praxis	79
6.1 Beteiligung des Bundestages bei GASP/GSVP nach Art. 23 GG und EUZBBG	79
6.2 Der Bundestag und PESCO.....	81
6.3 Funktionswandel nationaler Parlamente im Bereich GSVP/PESCO.....	82
6.4 Zwischenfazit	82
7 Zusammenfassung und Ausblick	83
7.1 Übertragbarkeit der Mitwirkungsrechte aus Art. 23 GG auf die GASP/GSVP	83
7.2 Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages bei PESCO	85
7.3 Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder Funktionswandel im Bereich GSVP?.....	86
7.4 Ausblick.....	88
Literaturverzeichnis	91
Dokumentenverzeichnis	102
Anhang	

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	an angegebenem Ort
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Art.	Artikel
BBV	Vereinbarung zwischen Deutschem Bundestag und Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des BVerfG
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CIVCOM	Ausschuss für die zivilen Aspekte des Krisenmanagements
COSAC	<i>Conférence des Organes Spécialisés</i> (Konferenz der Europäer Ausschüsse)
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EDA	<i>European Defence Agency</i> (Europäische Verteidigungsagentur)
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaften
EI2	Europäische Interventionsinitiative
eng.	englisch
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EP	Europäisches Parlament
ESS	Europäische Sicherheitsstrategie
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EU27	Gruppe der EU-Mitgliedstaaten nach Austritt Großbritanniens

EUGS	Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
INTCEN	<i>EU Intelligence Analysis Centre</i>
EUMC	Militärausschuss der EU
EUMS	Militärstab der EU
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
gem.	gemäß
ggü.	gegenüber
GOBT	Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
i.d.R.	in der Regel
insbes.	insbesondere
IntVG	Integrationsverantwortungsgesetz
i. R. d./v.	im Rahmen der/des/von
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
JCPoA	<i>Joint Comprehensive Plan of Action</i> (Gemeinsamer umfassender Aktionsplan)
LP	Legislaturperiode
MdB	Mitglied des deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
NATO	<i>North Atlantic Treaty Organization</i> (Organisation des Nordatlantikvertrags)
NVV	Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen

o.A.	ohne Autor
PESCO	<i>Permanent Structured Cooperation</i> (Ständige strukturierte Zusammenarbeit)
PMG	Politisch-Militärische Gruppe
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
RfAA	Rat für Allgemeine Angelegenheiten
S	Satz
S.	Seite
sog.	sogenannt
u.a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
WEU	Westeuropäische Union
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil